



Medienmitteilung

Zürich, 10. September 2020

Beschlüsse der Kommissionen

FIKO: Von drei zusätzlichen Nachtragskrediten soll einer bewilligt werden

Die Finanzkommission (FIKO) hat die Beratungen über die zusätzliche Sammelvorlage zu den Nachtragskrediten 2020 abgeschlossen ([5635](#)). Sie beantragt dem Kantonsrat, einen der drei Nachtragskredite zu bewilligen. Grossmehrheitlich unterstützt wird der Nachtragskredit 1 in der Leistungsgruppe 4610 Amt für Informatik. Abgelehnt wird dieser lediglich von der GLP; wobei die Partei darauf verzichtet, einen Minderheitsantrag zu stellen. Den Nachtragskredit 2 in den Leistungsgruppen 7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften) und 9600 Universität Zürich beantragt die FIKO einstimmig zur Ablehnung. Nach Angaben der Bildungsdirektion hat sich in der Zwischenzeit gezeigt, dass bis auf Kleinbeträge der gesamte geschätzte Einnahmefall kompensiert und der Restbetrag über das Globalbudget aufgefangen werden kann. Ebenfalls keine Mehrheit in der FIKO gefunden hat der Nachtragskredit 3 in den Leistungsgruppen 7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften) und 9740 Pädagogische Hochschule Zürich. Analog zur Universität soll auch hier der geschätzte Einnahmefall bis Ende Jahr so weit als möglich kompensiert und der Restbetrag über das Globalbudget abgerechnet werden. Eine Minderheit aus Grünen und SP möchte dem Nachtragskredit wie vom Regierungsrat beantragt zustimmen. Für die CVP wäre es auch denkbar gewesen, lediglich die Hälfte des beantragten Nachtragskredits zu sprechen. Allerdings verzichtet die Partei auf einen entsprechenden Minderheitsantrag.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Minderheit: Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), 076 589 01 58

Minderheit: Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), 079 435 49 25

FIKO: Genehmigung der Aufhebung des Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie im Kantonalbankgesetz

Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Aufhebung des Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie im Kantonalbankgesetz ([5631](#)). Die Gesetzesänderung geht auf eine von der FIKO am 1. April 2019 eingereichte Motion zurück, mit welcher der Regierungsrat beauftragt wurde, dem Kantonsrat die gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, mit denen der Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank (§ 6 Abs. 5 Kantonalbankgesetz) aufgehoben werden kann. Durch den künftigen Verzicht auf die Anlage der Gelder ergibt sich eine Senkung der Finanzverbindlichkeiten des Kantons, was wiederum zur Verbesserung der Situation aus Gesamtsicht des Finanzhaushalts, das heisst zur Senkung des Wertschwankungsrisikos einerseits und zur Verbesserung der unmittelbaren Kapitalmarktfähigkeit des Kantons andererseits beiträgt.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

KEVU: Abweichende Stellungnahme zu Klimanotstands-Postulaten beantragt

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) stimmt der Vorlage [5613](#) zu und beantragt damit, die beiden Postulate zum Klimanotstand (KR-Nr. 62/2019 und KR-Nr. 63/2019) als erledigt abzuschreiben. Die Kommissionsmehrheit beantragt dem Kantonsrat aber, eine vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abzugeben.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

KPB: Kredit-Abrechnung für den Mieterausbau der ZHAW soll genehmigt werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung über den Kredit für den Mieterausbau für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Winterthur, in der Liegenschaft Mäander, Trakt C, zu genehmigen ([5595](#)).

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

<i>Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.</i>
